



NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau

in der Pfalz

am Dienstag, 05.04.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 21:40



Anwesenheitsliste

CDU

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Susanne Höhlinger

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Vertretung f. Fr. Vogler

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Günter Scharhag

Heinz Schmitt

Vertreter für H. Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Udo Lichtenthäler

FWG

Michael Dürphold

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner

Berichterstatter

Christoph Kamplade

Schriftführer/in



Marlen Müller

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Stefanie Herrmann

Christine Kohl-Langer

Farid Moayyedi

Roland Schneider

Sonstige

Susanne Follenius-Büssow

Michael Niedermeier

Aydin Tas

Leben in Landau

Orhan Yilmaz

Entschuldigt

SPD

Michael Scheid

entschuldigt - Vertretung H. Schmitt

Monika Vogler

entschuldigt - Vertretung Fr. Baum-Baur



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Aufwertung des Synagogenmahnmals
Vorlage: 660/104/2016
3. Bebauungsplan D9-Änderung – Nutzung der Kleingärten südlich des Wohngebietes
„Südlich Breiter Weg“ in Queichheim; Befreiung von den Festsetzungen hinsichtlich der
Errichtung von Gartenlauben sowie Realisierungsbedingungen
Vorlage: 610/410/2016
4. Bebauungsplan C25 „Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau“ -
Befreiung von Festsetzungen für Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur
Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
Vorlage: 610/413/2016
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Frau Graw fragte, warum das Projekt „Landau baut Zukunft“ im Wahlkampf mit keiner Silbe erwähnt wurde.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, dass es sich bei dieser Frage um eine politische Angelegenheit handelt und er demnach nur kurz darauf eingehen wird. Die Gründe für das Projekt „Landau baut Zukunft“ sind umfangreich öffentlich kommuniziert worden. In der Sache selbst handelt es sich um ein ganz übliches Verwaltungsverfahren. Es handelt sich lediglich um den Beginn eines über Jahre anhaltenden Verfahrens in dem viele Schritte notwendig sind, bis man sicher sagen kann, ob auf den genannten Siedlungsflächen überhaupt Bauland entstehen kann. Im OB-Wahlkampf gab es noch keine Überlegungen zu „Initiative Landau bat Zukunft“, wenngleich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sehr wohl ganz oben auf der politischen Agenda stand.

Frau Graw fragte weiter, was man unter Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit Landau baut Zukunft versteht.

Der Vorsitzende informierte, dass es vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung geben wird. Ende April findet die erste Großveranstaltung in Form einer Bürgerversammlung zu diesem Thema in der Festhalle statt. Darüber hinaus plant man in den kommenden Monaten regelmäßige Informationsgespräche verschiedener Art. Die Konkretisierung ergibt sich im Laufe der Zeit und nach Bedarf, so dass keine Fragen offen bleiben.

Frau Graw wollte außerdem wissen, warum die Bürger in der anfänglichen Planung nicht schon mit einbezogen wurden.

Der Vorsitzende stellte klar, dass dies erst der Beginn eines langandauernden Planungs- und Diskussionsprozesses ist und die Entscheidungen schrittweise erfolgen. Es wurde bisher kein einziger Beschluss vorweggenommen, außer der Tatsache, dass die vorbereitenden Untersuchungen beginnen.

Herr Lüdtko wollte wissen, wieviel Bürger aus Wollmesheim, Arzheim oder von der Wollmesheimer Höhe die Pläne zur Landnahme bisher gutgeheißen haben.

Der Vorsitzende teilte mit, dass er diese Frage aus dem Grund nicht beantworten kann, da es keine Landnahme gibt und auch noch keine Befragung mit den betroffenen Eigentümern stattgefunden hat. Es ging bisher lediglich ein Schreiben an die Eigentümer raus, in welchem die Besitz- oder Pachtverhältnisse abgefragt wurden.

Frau Domke fragte, ob bei der Bürgerversammlung am 28.04.2016 auch Investoren anwesend sein werden.

Der Vorsitzende informierte, dass man derzeit noch in der Feinplanung ist und er demnach noch nicht beantworten kann, wer eingeladen wird. Die Veranstaltung soll in erster Linie der Aufklärung und der Beantwortung von Fragen der Bürger dienen.

Frau Domke fragte weiter, wie die Einladung an die Bürger erfolgen wird.

Der Vorsitzende antwortete, dass man öffentlich über das Internet und entsprechende Pressemitteilungen einladen wird.

Herr Dubronner hinterfragte, was genau es mit der Verdopplung des sozialen Wohnungsbaus von städtischer Seite auf sich hat, von dem bei dem Prozess „Landau baut Zukunft“ gesprochen wurde.



Der Vorsitzende erklärte, dass man im Rahmen der Initiative Landau baut Zukunft auch über die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft mit hälftiger städtischer Beteiligung gesprochen hatte. Ziel der neuen Gesellschaft soll es sein, den derzeitigen städtischen Wohnungsbestand durch eine öffentlich initiierte Gesellschaft unter Beteiligung Dritter aus der Region mittelfristig in etwa zu verdoppeln. Details dazu kann er jedoch noch keine nennen.

Herr Dubronner wollte außerdem wissen, wann die Stadt Landau beginnt, wenn nicht schon bei dem Projekt „Landau baut Zukunft“, den Weg der Bürgerbeteiligung -wie erforderlich- zu gehen.

Der Vorsitzende betonte nochmals, dass man lediglich einen allerersten Schritt gegangen ist und der Prozess erst anläuft. Den Weg der Bürgerbeteiligung ist man bereits gegangen und man wird ihn in Zukunft auch verstärkt weiter gehen. Außerdem werde man diesbezüglich auch eine neue Stelle bei der Stadtverwaltung besetzen.

Frau Lüdtker interpretierte, dass man sich die Frage stellen soll, wer durch die überzogenen Bebauungspläne nach Landau gelockt wird. Ob dies Menschen von der anderen Rheinseite sind, die ihrer Arbeit in Karlsruhe nachgehen und die die „Schwarmstadt“ Landau für sie zur „Schlafstadt“ machen. Wenn dies nicht so ist, wüsste sie gerne in welchem Bereich neue Arbeitsplätze zu erwarten sind, ob es zum Beispiel an den Schulen plötzlich eine Aufstockung an Lehrerstellen gibt. Sie wünscht sich deshalb, dass in der Zeitung nicht immer nur Leserbriefe abgebildet werden, sondern dass die Stadtverwaltung mehr über dieses Thema aufklärt. Außerdem lädt sie alle Bürger der Stadt Landau ein, das Stück Natur in Landau Südwest zu genießen, so lange es noch da ist.

Herr Weyandt fragte, wie man sich bei einem solch großen Bauprojekt die verkehrliche Anbindung in die Innenstadt vorstellt.

Der Vorsitzende wies erneut darauf hin, dass man hier nicht über ein Bauprojekt spricht, sondern lediglich von vorbereitenden Untersuchungen, welche darüber Aufschluss geben sollen, auf welchen Flächen man überhaupt Bauland ausweisen kann. Verkehrsbeziehungen würden hierbei berücksichtigt.

Herr Wirth wollte wissen, ob man sich in der Politik schon einmal die Frage gestellt hat, wieviel Einwohner die Stadt Landau trägt, da die Lebensqualität einer Stadt mit der Zahl der Einwohner kooperiert.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass die Stadt Landau bisher immer davon profitiert hat, wenn Menschen gekommen sind. Man sollte hier keinen Riegel verschieben und Menschen, die gerne in Landau leben und Teil dieser Gesellschaft sein möchten, ausgrenzen. Außerdem reagiert man auf die Entwicklungen und macht keine Planwirtschaft in der man sagt, dass nach 50.000 Einwohnern Schluss ist.

Frau Weyandt fragte, ob es ein Verkehrskonzept für die Stadt Landau gibt, da die Zahl der Einwohner ja deutlich ansteigen wird.

Der Vorsitzende informierte, dass dieses Thema ein Teil der Untersuchungen sein wird.

Herr Dubronner informierte, dass er bezüglich der Unterflurmüllbehälter noch offene Fragen beim EWL hat und fragte, ob sich der Vorsitzende dafür einsetzen könnte, damit diese Fragen auch geklärt werden.

Der Vorsitzende sicherte dies zu.

Da es keine weiteren Fragen mehr aus der Einwohnerschaft gab, beendete der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Das Gremium beschloss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Aufwertung des Synagogenmahnmals

Der Vorsitzende erläuterte über den Anlass und das Ziel der Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur vom 09.03.2016, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Im Zuge des Ausbaus der Friedrich-Ebert-Straße wurde von der SPD-Stadtratsfraktion angeregt, das Synagogenmahnmal aufzuwerten. Ganz entscheidend hängen die Möglichkeiten der Aufwertung jedoch von der Zeder ab. Nun stellt sich die Frage, wie man mit dem Baum umgehen wird. Dies soll in dieser Sitzung geklärt werden.

Frau Kohl-Langer erläuterte detailliert anhand von Bildern die geschichtliche Bedeutung der Zeder am Synagogenmahnmal, auch in Verbindung mit dem Judentum und der jüdischen Gemeinde. Auf die Anlage 1 der Sitzungsvorlage wird entsprechend verwiesen. Bei der Neugestaltung des Platzes und der Aufwertung des Mahnmals plädiert die Verwaltung (das Stadtbauamt, die Grünflächenabteilung und das Archiv und Museum) ausdrücklich für einen reduzierten Umgestaltungsplan, in dessen Mittelpunkt das Mahnmal stehen soll. Nach momentanem Stand dominiert die Zeder den Platz und drängt das Mahnmal eher in den Hintergrund. Demnach muss entschieden werden, ob sie erhalten bleibt, oder ob man sie fällt.

Der Vorsitzende bekräftigte die Aussagen von Frau Kohl-Langer. Die Zeder symbolisiert nicht, dass die jüdischen Bürgerinnen und Bürger damals Teil der Landauer Bevölkerung waren, demnach ist man in der Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, den Baum zu fällen, um das Mahnmal wieder mehr in den öffentlichen Raum holen zu können und in den Mittelpunkt des Ortes zu stellen.

Ratsmitglied Herr Eichhorn informierte, dass es in der Fraktionssitzung zu unterschiedlichen Meinungen kam, weshalb man die Abstimmung in der Fraktion auch freigegeben hat. Außerdem kam die Frage auf, ob die Zeder den Platzausbau behindert und ob sie sich evtl. mit anderen Bäumen dort nicht verträglich verhält.

Der Vorsitzende verneinte beide Fragen.

Ratsmitglied Herr Demmerle betonte, dass man die Chance wahrnehmen und einen Ort schaffen sollte, welcher nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft einen würdigen Rahmen für die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus bietet. Es wurde auch bei der SPD-Stadtratsfraktionssitzung lange darüber diskutiert und auch hier habe man die Abstimmung freigeben.

Ratsmitglied Herr Lichtenthäler teilte mit, dass eine Aufwertung des Synagogenmahnmals im Zusammenhang mit dem Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße als sinnvoll erscheint. Jedoch sollte die Zeder erhalten bleiben. Dies wurde bereits so im Stadtrat kommuniziert, als der Antrag der SPD-Fraktion dort behandelt wurde. Die Zeder sei 1978 nicht ohne weiteres gepflanzt worden und der damalige Ausschuss hat sich bei der Überlegung sicher etwas dabei gedacht. Er könne einige Aspekte von Frau Kohl-Langer nachvollziehen, die Schlussfolgerung jedoch kann er nicht teilen. Demnach wird seine Fraktion die Ziffern eins und zwei des Beschlussvorschlages ablehnen. Die Platzbenennung ist jedoch sehr begrüßenswert.

Ratsmitglied Herr Dürphold ist der Meinung, dass die Zeder zu dem Synagogenmahnmal gehört. Der Baum steht bereits seit 40 Jahren an dieser Stelle und ist weder krank, noch sind irgendwelche sicherheitsrelevanten Bedenken geäußert worden. Demnach sieht auch die FWG-Stadtratsfraktion kein Anlass zur Fällung der Zeder. Es sollte eine Möglichkeit gefunden werden, den Bereich mit Zeder ansehnlich zu gestalten.

Ratsmitglied Herr Wagner teilte ebenfalls mit, dass „Pfeffer & Salz“ für den Erhalt der Zeder ist. Er fragte, ob die Verwaltung auch konkrete Gespräche mit der jüdischen Gemeinde geführt hat, was die Zeder angeht und warum man jetzt nach 40 Jahren erst feststellt, dass die Zeder ein fremder Baum ist.



und daher kein Sinnbild für den Teil der Gemeinschaft sein kann. Außerdem geht er fest davon aus, dass auch vor 40 Jahren allen Beteiligten klar war, dass Bäume wachsen und wie groß Zedern werden können. Demnach ist es damals sicher eine wohl überlegte Entscheidung gewesen. Das Mahnmal könne auch mit Zeder, durch entsprechende Beleuchtung etc., aufgewertet und hervorgehoben werden.

Ratsmitglied Frau Baum-Baur merkte an, dass sie persönlich die Zeder als sehr traurig und düster sieht, was den dunklen Punkt der Landauer Geschichte nur verstärkt. Die neue Gestaltung sollte freundlicher und farbenfroher sein.

Ratsmitglied Herr Schmitt wies auf das Bundesnaturschutzgesetz hin welches besagt, dass Bäume von März bis ins Spätjahr nur aus wichtigen Gründen gefällt werden dürfen.

Ratsmitglied Herr Eisold fragte ergänzend, wie die Stadt die Fällung der Zeder begründen würde. Außerdem merkte er an, dass ihm an dieser Stelle kein passenderer Baum als die Zeder einfällt. Über die Benennung des Platzes freue er sich sehr, da er dies im letzten Jahr schon angeregt hatte.

Ratsmitglied Herr Heuberger machte deutlich, dass man das Mahnmal freistellen muss, wenn man es hervorheben möchte. Die Zeder wird den Platz sonst weiterhin zu stark dominieren und das Synagogenmahnmal in den Hintergrund drängen. Er werde demnach einer Wegnahme des Baumes zustimmen.

Im Anschluss an die Diskussionsrunde beantworte zunächst Frau Kohl-Langer die Frage von Ratsmitglied Herrn Wagner, dass man –da Landau selbst keine jüdische Gemeinde hat- mit der jüdischen Kultusgemeinde in Neustadt Kontakt aufgenommen hatte, von dort jedoch bislang noch keine schriftliche Antwort bezüglich der Zeder kam. Man war dort eher erstaunt über diese Nachfrage. Allerdings wurde signalisiert, dass die Zeder keine rituelle Bedeutung für das Judentum hätte. Hätte die Kultusgemeinde zu verstehen gegeben, dass eine Zeder unverzichtbar wäre, wäre eine Wegnahme nie Thema gewesen. Sie wies auch darauf hin, dass das städtische Schriftgut keinerlei Auskunft darüber gibt, dass die Zeder überhaupt ein Thema in den damaligen Ausschüssen gewesen ist. Es wurde lediglich beschlossen, die Ecke dort zu begrünen.

Auf die Frage von Herr Wagner, warum man sich erst jetzt mit der Zeder befasst hat antwortete der Vorsitzende, dass der Anlass dazu jetzt erst geboten wurde, durch den Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße. Er hielt außerdem fest, dass das Thema Beleuchtung als gestalterisches Element zur Aufwertung sicherlich auch eine Rolle spielen wird.

Herr Kamplade bestätigte, dass die Aspekte von Ratsmitglied Herrn Schmitt richtig vorgebracht wurden und diese auch berücksichtigt werden. Das Umweltamt wurde bereits mit eingebunden und sollte es zur Fällung kommen, werde ein Gutachter hinzugezogen, welcher genau beurteilen kann, wann der richtige Zeitpunkt für eine Fällung gegeben ist.

Ratsmitglied Herr Lerch schlug vor, die Ziffern im Beschlussvorschlag getrennt abzustimmen.

Der Vorsitzende wies jedoch darauf hin, dass die Ziffern 1 und 2 in Zusammenhang mit der Wegnahme der Zeder stehen und man demnach nicht getrennt abstimmen kann. Ziffer 3 –die Platzbenennung, habe eher einen empfehlenden Charakter, da die Endabstimmung Aufgabe des Hauptausschusses ist.

Der Bauausschuss lehnte den Beschlussvorschlag, bei sechs Ja- und zehn Gegenstimmen, mehrheitlich ab.

Beschlussvorschlag:



1. Der Aufwertung des Mahnmals und des Platzes auf Basis der beigefügten Skizze wird zugestimmt.
2. Der Wegnahme der Zeder wird zugestimmt.
3. Der Benennung des Platzes mit Kreisverkehr und der Bushaltestelle in „Synagogenplatz“ wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Bebauungsplan D9-Änderung – Nutzung der Kleingärten südlich des Wohngebietes „Südlich Breiter Weg“ in Queichheim; Befreiung von den Festsetzungen hinsichtlich der Errichtung von Gartenlauben sowie Realisierungsbedingungen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 01.03.2016, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Herr Eichhorn wollte wissen, ob Wasseranschlüsse für die Gartenlauben vorhanden sind, gerade was die Toiletten angeht.

Herr Kamplade informierte, dass Wasseranschlüsse vorhanden sind.

Ratsmitglied Herr Dürphold merkte an, dass die Farbfestlegung der Gartenlauben zu eng gefasst wurde.

Herr Kamplade teilte mit, dass man –wenn gewünscht- die Farbgebung auch um Grautöne oder Weiß erweitern kann. Er schlug vor „gedeckte Farbtöne“ in der Sitzungsvorlage mit aufzunehmen.

Dem stimmten die Mitglieder des Bauausschusses zu.

Der Bauausschuss beschloss einstimmig mit der Ergänzung der Sitzungsvorlage, bei einer Enthaltung, nachgenannten Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Folgende Befreiung von den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes D9-Änderung „Südlich Breiter Weg“ wird ausgesprochen:

1. In den als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Gärten“ festgesetzten Flächen sind Gartenlauben gemäß den in der nachfolgenden Begründung genannten Bedingungen zulässig.
2. Die Bedingungen, unter denen eine Gartenlaube errichtet werden darf, sind durch Baulast, die auf jeder einzelnen Gartenparzelle einzutragen ist, zu sichern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Bebauungsplan C25 „Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau“ -
Befreiung von Festsetzungen für Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur
Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Der Vorsitzende führte kurz in das Thema dieses Tagesordnungspunktes ein und Herr Kamplade erläuterte detailliert die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 11.03.2016, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Frau Braun teilte mit, dass man bei Bündnis 90/Die Grünen davon ausgegangen ist, dass dieses Naturschutzgebiet von der Stiftung gepflegt werden muss. Außerdem wollte sie wissen, was auf den neuen Ausgleichsflächen geplant ist.

Herr Kamplade antwortete, dass im letzten Winter umfassende Rodungen stattgefunden haben und er bestätigte, dass es gewisse Verpflichtungen zum Erhalt des Biotops gibt. Im Endeffekt ist es jedoch eine übliche Vorgehensweise, die Aufwertung und Pflege von ökologisch wertvollen Biotopen über Ausgleichsgelder finanziert werden.

Ratsmitglied Frau Braun wies darauf hin, dass über Jahre zu beobachten war, dass dort nichts gemacht wurde und die Stiftung somit ihrer Verpflichtung der Landschaftspflege nicht nachgekommen ist. Sie fragte, wie es denn sein kann, dass mit Geldern für Ausgleichsmaßnahmen nachträglich verbessert und aufgewertet werden muss, was normal durch die Stiftung getragen werden soll.

Herr Kamplade kann sich nicht vorstellen, dass der jetzige Eigentümer verpflichtet ist, mögliche Versäumnisse in der Vergangenheit wiederherzustellen. Er kann nur verantwortlich sein, seit dem er Eigentümer ist und dies ist die DBU erst seit wenigen Jahren.

Ratsmitglied Herr Lichtenthäler bat nochmals um Erläuterung was die Verlagerung der Flächen angeht.

Herr Schneider erklärte, dass die auf dem Plan in schwarz umrundeten Flächen die ursprünglich angedachten Ausgleichsflächen waren. Die grün markierten sind die neuen Flächen, welche zur Ausführung kommen sollen. Hintergrund dabei ist, dass seinerzeit der Eingriff im Bebauungsplan damit ausgeglichen werden sollte, dass eine Aufwertung dieses Naturschutzgebietes stattfinden soll, wozu die Stadt Landau sich bereit erklärt hat, einen Teil der Maßnahmen, die die DBU durchführt, zu finanzieren. Bei der DBU hat mittlerweile eine Neubewertung der gesamten Fläche stattgefunden und man ist gemeinsam mit dem Umweltamt zu dem Ergebnis gekommen, dass die alte Fläche wenig erfolgversprechend/sinnvoll ist und zudem erhebliche Eingriffe in die jahrzehntealte Habitatstrukturen entstehen würden. Deswegen soll eine räumliche Verlagerung der Maßnahmenflächen innerhalb des Naturschutzgebietes stattfinden und Bestandteil eines gemeinsamen Pflegekonzeptes werden.

Herr Lichtenthäler teilte mit, dass er die Sicht des Bauamtes nachvollziehen kann, allerdings gefällt ihm die Vorgeschichte nicht, da die Flächen nur verbuscht sind, weil man der Verpflichtung der Landschaftspflege nicht nachgekommen ist.

Ratsmitglied Frau Braun erinnerte an dieser Stelle an das versprochene Ökokontoflächenkataster, welches den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden sollte.

Der Bauausschuss beschloss mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung, nachgenannten Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:



Der Bauausschuss stimmt der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans C25 „Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau“ (Planzeichnung i. V. m. der textlichen Festsetzung Nr. 17.6 – externe Kompensationsmaßnahmen) zur Verlagerung der externen Maßnahmenflächen M2ex und M4 (Maßnahmentitel: Freistellung von verbuschten und verbrachten Magerrasen) in einen anderen Bereich des Naturschutzgebiets Ebenberg gem. Anlage 1 zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verschiedenes

Bundesverkehrswegeplan / B 10

Der Vorsitzende informierte, dass derzeit eine Frist läuft, in der Stellungnahmen bezüglich des Bundesverkehrswegeplanes abgegeben werden können. Man wird demnach zum Hauptausschuss eine Sitzungsvorlage mit der Stellungnahme der Stadt Landau vorbereiten, die danach im Stadtrat noch fristgerecht beschlossen werden kann.

Ausbau der Königstraße

Ratsmitglied Herr Lerch fragte nach der Zeitplanung zum Ausbau der Königstraße.

Herr Kamplade sicherte Informationen für den Bauausschuss am 03.05.2016 zu.

Baumaßnahme Heinrich-Heine-Platz und Gestaltung Queichüberbauung am Café Sörkel

Ratsmitglied Herr Lerch wollte wissen ob die Queichüberbauung am Café Sörkel noch entsprechend gestaltet wird und welche Baumaßnahmen auf dem Heinrich-Heine-Platz stattfinden, da dort ein Gerüst aufgebaut wurde.

Herr Kamplade informierte, dass das Gerüst vom Umweltamt, vermutlich für Baumpflanzungen, gestellt wurde. Die Gestaltung bzw. Bepflanzung der Schleusenanlage liegt ebenfalls in der Verantwortung des Umweltamtes. Der Auftrag für Anpflanzungen wurde seines Wissens erteilt.

Der Vorsitzende teilte mit, dass man diese Anfragen an das Umweltamt weiterleite mit der bitte um Beantwortung an Herr Lerch.

Das Gremium beschloss



Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 05.04.2016 umfasst 13 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 70.

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Marlen Müller
Schriftführerin